

Themencheck

Militärpolitik

MILITÄRPOLITIK Die Schweizer Armee ist immer noch konsolidiert. Es zeichnet sich nach den jüngsten Debatten ab, dass sie auf 100 000 Leute redimensioniert wird. Zudem spricht sich die bürgerliche Mehrheit für die Beschaffung neuer Kampfjets aus.

ZIELE UND FORDERUNGEN

SVP Die SVP erachtet die autonome Landesverteidigung auf der Basis des Milizprinzips und der Wehrpflicht als unerlässlich. Damit soll die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz gesichert werden. Während die SVP subsidiäre Einsätze begrüsst, lehnt sie Auslandseinsätze von Schweizer Soldaten ab. Die SVP ist für neue Kampfjets.

SP Die SP bemängelt die nach ihrer Ansicht fehlende Strategie der Armeeführung. Die SP setzt sich für eine Verkleinerung und Professionalisierung der Armee ein. Die Wehrpflicht möchte sie abschaffen. In ihrem kürzlich überarbeiteten Parteiprogramm plädiert sie längerfristig für die Abschaffung der Schweizer Armee. Gegen neue Kampfjets.

FDP Die FDP fordert die Beibehaltung der bisherigen Pfeiler der Schweizer Armee wie Milizsystem und Wehrpflicht. Obwohl sie die Landesverteidigung weiterhin als Kernauftrag sieht, möchte sie die Unterstützung für zivile Behörden im Krisenfall und die internationalen Einsätze zur Friedensförderung ausbauen. Sie plädiert für neue Kampfjets.

CVP Auch die CVP will an den bisherigen Pfeilern der Armee nicht rütteln. Aber im Gegensatz zur FDP will sie die Finanzierung begrenzen, und zwar auf 4 Milliarden Franken. Trotzdem befürwortet sie die Aufstockung der Budgets auf 5 Milliarden, um neue Kampfjets zu kaufen. Auslandseinsätze begrüsst sie. Zudem befürwortet sie die internationale Kooperation in einem europäischen Sicherheitsverbund.

Grüne Die Grünen sind Pazifisten und möchten die Armee längerfristig abschaffen. Etliche Grüne sind Mitglieder der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Kurzfristig fordern sie eine massive Verkleinerung der Armee und eine Abschaffung der Wehrpflicht. Vehement wehren sie sich auch gegen Auslandseinsätze. Klar gegen die Beschaffung neuer Kampfjets, unterstützen sie eine zweite Volksinitiative.

BDP Die BDP will eine Armee, die in der Lage ist, innert nützlicher Frist einen militärischen Angriff abzuwehren. Die internationale Friedensförderung will sie auf Europa beschränken. Die BDP will neue Kampfjets, laviert aber bei der Frage, ob dieses Geschäft dem obligatorischen Referendum unterstellt werden soll.

KOMMENTAR

Die SVP orientiert sich an der Bedrohungslage, wie sie zu Zeiten des Kalten Kriegs herrschte. Dies entspricht nicht mehr der Realität und würde bei konsequenter Umsetzung sehr teuer und personalintensiv. Für eine Partei, welche Sparen als oberstes Credo zelebriert, keine sehr glaubwürdige Haltung.

Eine Partei, welche sich die Abschaffung der Armee auf die Fahne schreibt, muss sich bei jedem ihrer Vorschläge den Vorwurf gefallen lassen, dies nur zu tun, um ihrer Radikalforderung zum Durchbruch zu verhelfen. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der SP in armeerpolitischen Debatten.

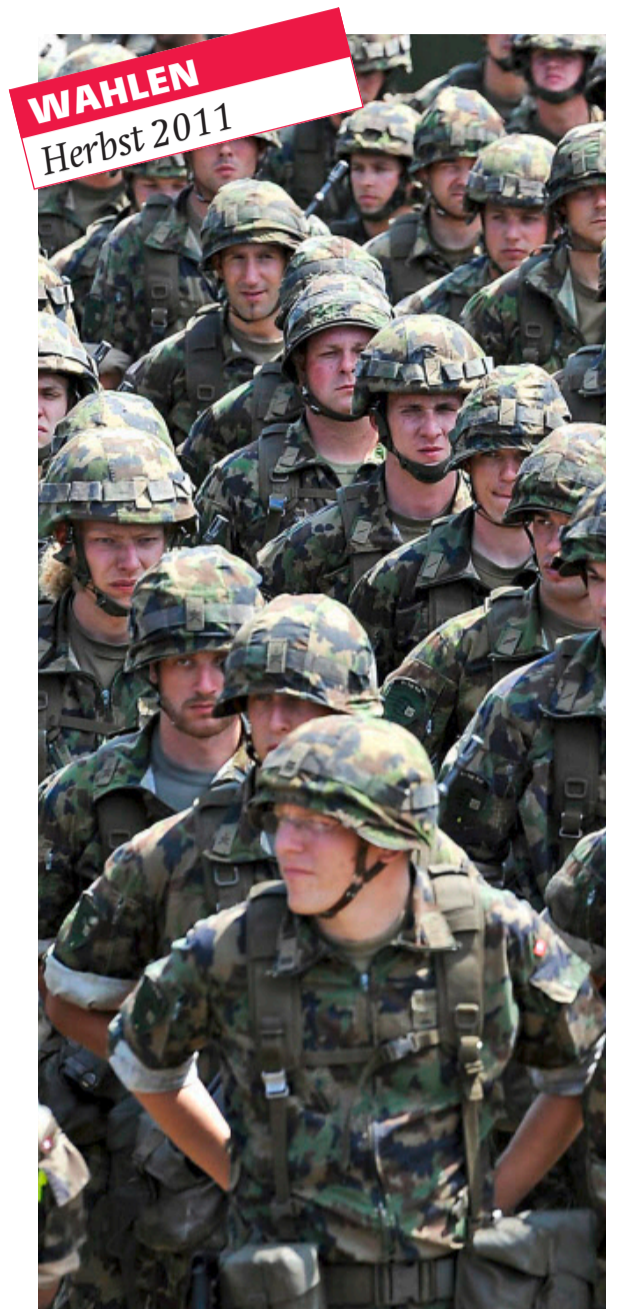
Die FDP setzt sich für eine moderne Armee ein, die auch gegen Gefahren wie Terrorismus gerüstet ist. Die Partei ist bereit, dafür grosse Summen aufzuwerfen. In Zeiten, in denen der Staat auf jeden Rappen achten muss, gibt sich die FDP reichlich spendabel. Zudem mutet sie der Armee zu viel zu: Terrorismusbekämpfung ist vorab eine Aufgabe der Polizei und der Staatsschützer.

Die CVP fordert eine Reduktion des Leistungsauftrages der Armee, damit diese mit den noch vorhandenen Mitteln funktionieren kann. Die Analyse der CVP ist eigentlich realistisch, sowohl was Bedrohungslage als auch Finanzierung betrifft. In der laufenden Diskussion um die Aufstockung der Armeebestände lässt sie sich aber von den Wünschen der Armeespitze weichklopfen.

Ähnlich wie bei der SP stehen alle Forderungen der Grünen unter dem Generalverdacht, die Armee so weit zu schwächen, dass sie am Schluss überflüssig wird. Realpolitisch haben die Grünen kaum Einfluss auf die Ausgestaltung der Schweizer Armee.

Die sicherheitspolitische Position der BDP ist noch nicht sehr ausgeprägt. Aber sie will bei den Finanzen sicher nicht knausern und setzt sich entschieden für ausreichende finanzielle Mittel ein.

Gregor Poletti



Jugendkommission will Wehrpflicht anpassen

ARMEE Die Wehrpflicht soll den sinkenden Armeebeständen angepasst werden. Das schlägt die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) vor. Sie will, dass Schweizer Männern die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst offensteht.

Schon heute sei ein Drittel der dienstpflichtigen Schweizer untauglich, stellte Pierre Maudet (FDP), Präsident der EKKJ und Genfer Stadtpräsident, gestern vor den Medien fest. «Damit wird die in der Verfassung verankerte Dienstpflicht nicht mehr respektiert.»

Bei einer auf 100 000 Mann verkleinerten Armee werde sich die Wehrungerechtigkeit noch weiter verschärfen. «Das System ist nicht mehr haltbar», sagte Maudet. Er bedauere, dass trotz Wahlkampf und hitzigen Diskussionen im Parlament niemand darüber spreche. Diese Debatte soll der Bericht «Ein Dienst für das Gemeinwohl» anstossen.

Im Gegensatz zu einer laufenden Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) soll nach Ansicht der Kommission aber die Dienstpflicht nicht aufgehoben werden. Dafür fehlt laut Umfragen die Unterstützung in der Bevölkerung. Jeder Schweizer Mann soll jedoch frei wählen, ob er Militär-

oder Zivildienst leisten will. Im Gegensatz zu heute sollen die Dienste gleich lange dauern. Dabei würde aber berücksichtigt, dass Soldaten ihr Leben riskieren und Zivildienstleistende unter Umständen einem Bürojob nachgehen. Für den Notfall schlägt die EKKJ eine Schutzklausel vor, welche der Armee das nötige Personal sichern würde.

Frauen sollen weiterhin nicht dienstpflichtig sein. Begründet wird dies damit, dass sie nach wie vor den Hauptteil der Betreuungsaufgaben tragen. Der Zivildienst soll indes für junge Ausländer geöffnet werden – als «Integrationshilfe».

Die Kommission sieht ihren Bericht als von Fakten und nicht von politischen Positionen motiviert. Die Schweizer Jugend sei zwar laut Umfragen bereit, einen Dienst für die Öffentlichkeit zu leisten. Das zeige auch der Erfolg des Zivildienstes nach Aufhebung der Gewissensprüfung.

Der Bericht richtet sich an den Bundesrat und die Parlamentarier. Auf eine Journalistenfrage, ob der Vorschlag als Vorlage für einen Gegenvorschlag zur GSoA-Initiative dienen könnte, machte Maudet keinen Hehl daraus, dass er sich dies vorstellen könnte. Die Kommission habe aber keine Stellungnahme zur Initiative formuliert, deren Sammelfrist noch bis am 6. Januar 2012 läuft. *sda*

Justiz untersucht Tauf-Ritual

ARMEE Nach einem sogenannten Taufritual in einem Wiederholungskurs für Panzergrenadiere in Bure JU schaltete die Armee die Militärjustiz ein. Wie ein Video auf Blick.ch zeigt, ist es zu entwürdigenden Szenen gekommen. Die Vorkommnisse seien gravierend, sagte Armeesprecher Daniel Reist auf Anfrage. Das Taufritual für die neuen Panzergrenadiere der Kompanie 12/4 fand am 20. September statt. Die neuen Grenadiere mussten unter anderem rohe Eier inklusive Schale herunterwürgen und

Bier aus ihren Stiefeln trinken. Wie Reist sagte, hat der zuständige Brigadekommandant erst durch den Onlinebericht Kenntnis von dem Vorfall bekommen. Inwieweit der Kompaniekommandant, also der direkte WK-Verantwortliche, von der Taufe wusste oder mitbeteiligt war, wird die Militärjustiz untersuchen. Ein entsprechendes Verfahren wird laut dem Armeesprecher heute eröffnet. Die Anzahl der Taufrituale in der Armee in den vergangenen Jahren habe jedoch abgenommen. *sda*

FIAT HERBSTFESTIVAL.
JETZT MIT EURO-BONUS.

**BONUS
BIS ZU
CHF 4700.-**



PUNTO AB CHF 13 000.-

www.fiat.ch

Barzahlungspreis (Nettopreis) Fiat Punto Active CHF 13 000.-, Euro-Bonus von CHF 4700.- bereits abgezogen. Angebot gültig für alle Fahrzeuge, die bis am 31.10.2011 bestellt und bis am 31.12.2011 immatrikuliert werden. Nur solange Vorrat. Nur bei teilnehmenden Fiat Händlern. Ausstattungs- und Preisänderungen vorbehalten. Das abgebildete Fahrzeug kann vom tatsächlichen Angebot abweichen.

